

Rettungsversuch für Eurogate

Privatisierungserlös, Stiftung Zukunft und Schuldenabbau

87. Sitzung: Montag, 12. Februar, 8 Uhr 15
Vorsitz: Präsident *Hans Rutschmann* (svp., Rafz)

Kommissions- und Richterwahlen

bd. Auf Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz, für die *Gabi Petri* (gp., Zürich) spricht, werden diskussions- und oppositionslos gewählt:

Hansueli Züllig (svp., Zürich) in die *Finanzkommission* anstelle des zurückgetretenen Bruno Kuhn (svp., Lindau);

in geheimer Wahl mit 94 Stimmen *Margrit Manser* (Ottikon bei Kempthal) in die *Baurekurskommission IV* anstelle des zurückgetretenen Karl Lorenz (Zürich);

Matthias C. Berger (Zürich) in die *1. Kammer des Handelsgerichts* anstelle des zurückgetretenen Anton G. Killias;

Andreas Muheim (Fällanden) in die *4. Kammer des Handelsgerichts* anstelle des zurückgetretenen Hans Eduard Geistlich;

Peter Hartmann (Dättlikon) in die *6. Kammer des Handelsgerichts* anstelle des zurückgetretenen Hans-Rudolf Baumgartner.

Eurogate

Lukas Briner (fdp., Uster) begründet seinen Antrag auf Dringlicherklärung eines *Postulats*, das die Regierung einlädt, Massnahmen zu prüfen, die geeignet sind, dem akut gefährdeten Projekt Eurogate zur Realisierung zu verhelfen. Der Vorstoss ist dringlich, weil in vier Monaten, der normalen Frist in diesem Rat, der Zug abgefahren ist. Mit dem Bau von Eurogate muss zwingend Ende Mai 2001 begonnen werden, damit die SBB ihren Zeitplan einhalten können. Ein zweites Zeitfenster würde es zwar theoretisch noch einmal geben, aber aus technischen Gründen beim Bau des Durchgangsbahnhofs erst wieder in einem Jahr. Dieser späte Baubeginn würde Arbeiten rund um die Uhr während sieben Tagen pro Woche bedingen, damit die Gleise im Jahr 2004 wieder frei sind für die Züge. Das ist nicht machbar, wegen der Anwohner nicht und wegen der Kosten schon gar nicht. Später wäre der Bau vielleicht technisch mit grösstem Aufwand noch möglich, wirtschaftlich aber keinesfalls.

Ueli Keller (sp., Zürich) fragt, welches denn die «geeigneten Massnahmen» sein könnten, die Lukas Briner fordere. Der Regierungsrat kann ausschliesslich dafür sorgen, dass das Baubewilligungsverfahren, soweit der Kanton in Teilbereichen dafür zuständig ist, möglichst effizient abgewickelt wird, was er ohnehin tut. In Details des Baubewilligungsverfahrens darf er sich auf Grund der Gemeindeautonomie nicht einmischen. Das Prinzip der Gewaltenteilung verbietet es der Regierung, auf hängige Rechtsverfahren Einfluss zu nehmen, auch dann, wenn vom geschmähten Verbandsbeschwerderecht Gebrauch gemacht wird. Besonders bei einem umstrittenen Projekt empfiehlt es sich auch nicht, die Rolle

des Kantons als Grundeigentümer mit jener der Planungs- und Rekursbehörde zu vermengen, wie dies leider in der Stadt Zürich verschiedentlich vorgekommen ist. Die Probleme von Eurogate liegen nicht in den vordergründigen, dem VCS angelasteten Bereichen, sondern darin, dass es Stützen braucht, die dann bestimmt dort stehen, wo sie die bauliche Entwicklung des wichtigsten nationalen Knotenpunkts des Schienenverkehrs zu behindern drohen. Bis heute ist nicht sicher, ob Eurogate rentiert. Bei einem Projekt, das bereits 30 Jahre vor sich hingedümpelt hat, ist es zumindest eigenartig, zu behaupten, dass jetzt alles in vier Monaten entschieden werden müsse.

Lucius Dürr (cvp., Zürich) unterstützt mit seiner geschlossenen Fraktion die Dringlichkeit. *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) rügt den Missbrauch des Beschwerderechts durch den VCS. *Felix Müller* (gp., Winterthur) sieht nicht, was die Regierung in dieser Angelegenheit noch tun könnte. Der VCS hat nur auf rechtsstaatliche Prinzipien gepocht. Eurogate ist weder in der Richtplanung noch sonstwo aufgenommen. Als grosser architektonischer Wurf gilt es nicht. Nach dem Bau der Passage Gessnerallee mit weiteren Läden wird sich niemand mehr auf die Betonplatte verirren. *Roland Munz* (parteilos, Zürich) will möglichst rasch Klarheit und unterstützt die Dringlichkeit, nicht aber das Postulat. *Peider Filli* (al., Zürich) argumentiert, dass die Väter des Eurogate ihre Impotenz dem VCS anlasteten. *Kurt Schreiber* (evp., Wädenswil) bezeichnet das Eurogate als gute Lösung. Die Dringlichkeit ist gegeben.

Auf *Dringlichkeit* entfallen 85 Stimmen, bei notwendigen 60 Stimmen. Die Regierung hat innert vier Wochen Stellung zu nehmen.

Gerichtsverfassungsgesetz

Marco Ruggli (sp., Zürich) begründet namens der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit den Antrag, die vom Kantonsrat am 11. Oktober 1999 mit 95 Stimmen vorläufig unterstützte *parlamentarische Initiative* von Lukas Briner (fdp., Uster) betreffend Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes abzulehnen und stattdessen einen Gegenvorschlag gutzuheissen. Gemäss einer Praxisänderung des Kassationsgerichts von 1998 ist es zulässig, in einer folgenden Nichtigkeitsbeschwerde in Zivil- oder Strafsachen Rügen zu erheben, die bereits in einer früheren Nichtigkeitsbeschwerde erhoben wurden und damals von der Kassationsinstanz als unbegründet oder unzulässig verworfen worden waren. Nach Ansicht des Initianten verletzt dies den Beschleunigungsgrundsatz sowie das Gleichbehandlungsgesetz und lässt zu, dass die Kassationsinstanz ihren eigenen Entscheid trotz unveränderten Verhältnissen einer nochmaligen Überprüfung unterziehen kann. Die Initiative verlangt eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes in dem Sinne, dass die dem Rückweisungsentscheid zugrunde liegende Rechtsauffassung – vorbehältlich wesentlicher Änderungen der

Entscheidungsgrundlagen – auch die rückweisende Instanz binden soll. Ein Kommissionsvorschlag zur Einbettung in die bestehende Gesetzeslandschaft stiess weder bei den Gerichten noch beim Initianten auf Opposition. Die Regierung würde einen Einbezug in die laufende Revision der Strafprozessordnung vorziehen. Die Kommissionsmehrheit lehnt eine solche Verzögerung ab. Die Minderheit verweist auf die wenigen Fälle pro Jahr und zweifelt an der Dringlichkeit. Die SP-Fraktion folgt der Kommissionsmehrheit. *Beat Walti* (fdp, Erlenbach) hält den gesetzgeberischen Effort schon im jetzigen Moment für richtig. Die FDP-Fraktion unterstützt die Kommissionsmehrheit.

Eintreten ist unbestritten. Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Das Geschäft geht an die Redaktionskommission.

Fristerstreckungen

Organisationsgesetz des Regierungsrates

Annelies Schneider (svp., Bäretswil), Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, empfiehlt Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, die Frist zur Behandlung zweier Postulate betreffend Totalrevision des Organisationsgesetzes des Regierungsrates und Änderung von Art. 42 der Kantonsverfassung um ein Jahr zu erstrecken. Die beiden Vorstösse werden im Gesamtrahmen der weit fortgeschrittenen Verwaltungsreform bearbeitet. Die Kommission ersucht jedoch die Regierung, den von der PUK I zur Affäre Raphael Huber eingereichten Vorstössen die notwendige Beachtung zu schenken, insbesondere den Massnahmen gegen Korruption in der Verwaltung.

Justizdirektor *Markus Notter* verspricht die Lieferung längst versprochener Unterlagen im ersten Halbjahr.

Der Rat genehmigt die Fristverlängerung mit 93 zu 9 Stimmen.

Strafuntersuchungsbehörden

Annelies Schneider (svp., Bäretswil) beantragt, auch dem Wunsch des Regierungsrates, die Frist zur Erfüllung einer 1997 erheblich erklärten Motion betreffend Reorganisation der Strafuntersuchungs- und Anklagebehörden zu erstrecken, stattzugeben. Die Regierung beabsichtigt, die Forderung im Zusammenhang mit dem Gesetzgebungsprojekt StPO-Revision zu erfüllen. Gemäss dem Terminplan des Regierungsrates genügt ein halbes Jahr anstelle des verlangten ganzen Jahres.

Der Rat ist mit einem halben Jahr einverstanden.

Ausgabenbremse

Die Finanzkommission beantragt die Abschreibung einer Behördeninitiative in Form einer allgemeinen Anregung des Zürcher Gemeinderates. Der Vorstoss wünschte eine gesetzliche Grundlage für Gemeindeordnungen, die für Ausgabenbeschlüsse ein qualifiziertes Mehr verlangen. Der Zürcher Bezirksrat hatte einen Volksentscheid aufgehoben. Der Regierungsrat hat inzwischen eine Beschwerde der Stadt Zürich gutgeheissen, so dass die Initiative unnötig geworden ist.

Der Rat folgt dem Abschreibungsantrag.

Beiträge an Brandschutz

Mit einem *Postulat* ersuchte *Gustav Kessler* (cvp., Dürnten) um eine Änderung der Verordnung über die Staatsbeiträge an den Brandschutz in dem Sinne, dass die Anschaffungen der Feuerwehren von der Gebäudeversicherung voll übernommen werden und für Bauten nur noch zwei Ansätze zur Anwendung kommen. Die Regierung beantragt in Übereinstimmung mit dem Verwaltungsrat der Gebäudeversicherung Nichtüberweisung des Vorstosses. Die Überprüfung der Subventionen soll in einem grösseren Zusammenhang erfolgen.

Gustav Kessler (cvp., Dürnten) wendet sich gegen den Finanzausgleich über die Gebäudeversicherung. *Ernst Stocker* (svp., Wädenswil) lehnt den Vorstoss ab. Er hätte zurückgezogen werden können. Verglichen mit der Gemeinde Reckingen (Wallis), die sie kürzlich besuchten, sind unsere Verhältnisse gut. *Hansruedi Schmid* (sp., Richterswil) will den Einfluss der Gemeinden beibehalten, auch um die Rekrutierung von Feuerwehrleuten nicht zu erschweren. Das Postulat ist abzulehnen. *Ruedi Hatt* (fdp., Richterswil) hält die Beteiligung der Gemeinden für kostensenkend. Indirekten Finanzausgleich sollte man nicht betreiben. Die FDP-Fraktion verwirft das Postulat. *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) steht zur Mitwirkung der Gemeinden. Den unnötigen Finanzausgleich müssen wir angehen. *Felix Müller* (gp., Winterthur) befürwortet die demokratische Kontrolle. Der Finanzausgleich ist nicht so tragisch. Der Vorstoss kann abgelehnt werden.

Regierungsrat *Markus Notter*, Direktor des Innern, schliesst sich vielem Gesagten an. Finanzausgleich muss hier nicht betrieben werden. Statt über die Staatsbeiträge könnte man den Finanzausgleich direkt betreiben.

Der Rat verwirft das Postulat mit 107 zu 9 Stimmen.

Demokratiedefizite bei Zweckverbänden

Hansruedi Schmid (sp., Richterswil) wünscht mit einem *Postulat* bei Abstimmungen in Zweckverbänden die Gewährleistung der Mitbestimmung aller Stimmberechtigten. Bei der Bestellung der Zweckverbandsorgane sollte den Stimmberechtigten die direkte Wahl ermöglicht werden. Die Zweckverbände seien auf eine transparente Information zu verpflichten, und die Einführung einer Geschäftsprüfung für Zweckverbände sei zu prüfen.

Die Regierung ist zur Entgegennahme des Vorstosses bereit.

Die Überweisung bleibt unbestritten.

Einzelinitiativen

Krippenplätze

Eine Einzelinitiative von *Regula Hess Dzemali* (Effretikon) wünscht die Bereitstellung von genügend Krippenplätzen.

Claudia Balocco (sp., Zürich) unterstützt mit ihrer Fraktion die Initiative, obwohl deren Formulierung etwas unbedarft ist. *Klara Reber* (fdp., Winterthur) schliesst sich mit ihrer Fraktion an. Der grosse Arbeitgeber Kanton sollte auf diesem Gebiet mehr tun. *Susanne Rihs* (gp., Glattfelden) verweist auf die geänderten Zeiten. In einem reichen Land wie der Schweiz dürfen die Kinder nicht das Armutsrisiko Nummer 1 sein. Der Kanton muss bei der Realisierung von Krip-

pen mithelfen, und dies nicht nur in der Hochkonjunktur. *Fredi Binder* (svp., Knonau) sagt Nein und verweist auf die Gemeinden. *Yvonne Eugster* (cvp., Männedorf) begrüsst die Initiative. Bei den Krippen bestehen meist lange Wartefristen.

Auf die vorläufige Unterstützung entfallen 71 Stimmen, bei notwendigen 60.

Kinderzulagen

Mit einer weiteren Einzelinitiative verlangt Regula Hess Dzemaili (Effretikon) eine Erhöhung der Kinderzulagen auf mindestens 200 Franken pro Kind.

Silvia Kamm (gp., Bonstetten) bezeichnet die heutigen Kinderzulagen als «Tröpfchen» auf den heissen Stein und will «Tropfen» daraus machen. *Ruth Gurny* (sp., Maur) stellt grundsätzliche Überlegungen an. Es braucht einen sozialen Ausgleich. Wir unterstützen die Initiative, obwohl 200 Fr. für arme Familien zu wenig und für reiche überflüssig sind. *Blanca Ramer* (cvp., Urdorf) orientiert über die Zustimmung ihrer Fraktion. *Beat Walti* (fdp., Erlenbach) verlangt einen bedarfsgerechten Ausbau statt einen grösseren Ausguss der Giesskanne. *Kurt Schreiber* (evp., Wädenswil) will die Familien und die Initiative unterstützen. *Fredi Binder* (svp., Knonau) sieht im Kinderkriege nicht eine staatliche Planungsaufgabe. *Peter Reinhard* (evp., Kloten) wirft seinem Vorredner vor, gegen alles zu sein.

Auf die vorläufige Unterstützung entfallen 62 Stimmen.

Kleinkinder-Betreuungsgeld

Eine dritte Einzelinitiative von Regula Hess Dzemaili (Effretikon) zielt auf eine Erhöhung der Einkommenslimite beim Kleinkinder-Betreuungsgeld ab.

Silvia Kamm (gp., Bonstetten) hofft auf eine Fortsetzung des erfreulichen Morgens und signalisiert Zustimmung. *Käthi Furrer* (sp., Dachsen) ist mit ihrer Fraktion gleicher Meinung. *Fredi Binder* (svp., Knonau) ersucht um Ablehnung auch dieser Initiative. *Kurt Schreiber* (evp., Wädenswil) unterstützt den Vorstoss namens seiner Fraktion.

Die vorläufige Unterstützung scheidet mit 58 Stimmen.

Finanzierung von Strassenbauten

Carmen Walker Späh will mit einer Einzelinitiative den Regierungsrat einladen, die gesetzlichen Grundlagen für eine getrennte Finanzierung der Projektierung und des Unterhalts von Strassenbauten zu schaffen.

Germain Mittaz (cvp., Dietikon) lehnt den Vorstoss ab. Das Verursacherprinzip darf nicht missachtet werden. *Reto Cavegn* (fdp., Oberengstringen) orientiert über die Zustimmung seiner Fraktion. Die Projektierung und den Unterhalt zu trennen, kann sinnvoll sein. *Peter Stirnemann* (sp., Zürich) widerspricht namens seiner Fraktion. *Werner Scherrer* (evp., Uster) weist auf die erwarteten Erträge aus der Schwerverkehrsabgabe hin. Die EVP lehnt die Initiative ab.

Auf die vorläufige Unterstützung entfallen nur 14 statt mindestens 60 Stimmen.

Sonderlasten Polizei

Mit einer Einzelinitiative verlangt Herbert Siegrist (Stadel) einen neuen § 35 b. des Finanzausgleichsgesetzes, wonach der Kanton an die Sonderlasten im Bereich

Polizei einen Beitrag leistet. Der massgebliche Nettoaufwand in der Stadt Zürich pro Einwohner soll 200 Prozent des entsprechenden Nettoaufwands in den übrigen Gemeinden nicht übersteigen. Der massgebliche Nettoaufwand ist die Summe von Staats- und Gemeindeaufwand.

Emy Lalli (sp., Zürich) erwartet eine Abgeltung für die Stadt Zürich von mindestens 30 Mio. Fr. *Jörg Kündig* (fdp., Gossau) bezeichnet die Einzelinitiative als überholt.

Die Initiative wird von niemandem unterstützt.

Schuldenabbau

Eine Einzelinitiative von Claudio Schmid (Bülach) verlangt, dass jährlich 200 Mio. Fr. Staatsschulden abgebaut werden.

Hans-Peter Portmann (fdp., Kilchberg) will Schulden abbauen. Die FDP unterstützt die Initiative. *Claudia Balocco* (sp., Zürich) hält die Absichten der Initiative für positiv. Der Vorstoss ist jedoch zu knapp und zu absolut formuliert. *Werner Scherrer* (evp., Uster) stimmt der Zielsetzung der Initiative zu. Feste Beträge festzuschreiben, ist aber unsinnig. Zudem sagen die Initianten nichts über schlechte Zeiten. *Adrian Bergmann* (svp., Meilen) vermisst bei den Kantonsfinanzen die Transparenz und heisst die Initiative gut. *Germain Mittaz* (cvp., Dietikon) findet den Vorstoss unvollständig. *Martin Bäumlé* (gp., Dübendorf) wirft den Bürgerlichen vor, nicht an ihre eigene Politik zu glauben. Sonst will die SVP möglichst keine gesetzlichen Regelungen.

Der Rat unterstützt die Initiative mit 65 Stimmen vorläufig.

Verschreibung von Psychopharmaka

Mit einer Einzelinitiative wünscht Fritz Habermacher (Zürich) eine Standesinitiative, wonach die Bundesgesetzgebung in dem Sinne zu ändern sei, dass die Verschreibung und Abgabe von Psychopharmaka zur Verhaltenskorrektur an Kinder unter 16 Jahren zu verbieten sei. Dasselbe soll für Schulkinder bei Lernproblemen gelten.

Nach *Käthi Furrer* (sp., Dachsen) schießt die Initiative völlig über das Ziel hinaus. In Einzelfällen ist es notwendig, solche Medikamente abzugeben. *Annelies Schneider* (svp., Bäretswil) lehnt namens ihrer Fraktion den Vorstoss ab. *Peter Reinhard* (evp., Kloten) ist gegen eine generelle Lösung. *Silvia Kamm* (gp., Bonstetten) will kein solches Verbot.

Für die vorläufige Unterstützung stimmt niemand.

Stiftung Zukunft oder Schuldenabbau?

Zwei parlamentarische Initiativen werden gemeinsam behandelt. *Liliane Waldner* (sp., Zürich) will ein Gesetz über eine öffentlichrechtliche Stiftung Zukunft Zürich erlassen. Die Stiftung soll für die Zukunftstauglichkeit des Bildungs- und Forschungsplatzes Zürich einen Beitrag leisten und die Innovationsfähigkeit der Zürcher Gesellschaft und Wirtschaft fördern. Das Stiftungskapital ist aus dem Erlös von Privatisierungen zu bilden. Eine Initiative von *Ernst Schibli* (svp., Otelfingen) will demgegenüber die Erträge aus der Privatisierung von Staatsbetrieben vollumfänglich für den Abbau der

Staatsverschuldung verwenden.

Liliane Waldner (sp., Zürich) postuliert einen «Hub Schweiz» für den Wissenstransfer USA - Europa. Der Ertrag von Privatisierungen darf nicht nur für den Schuldenabbau verwendet werden. Wie ein Unternehmen müssen wir zuerst in die Zukunft investieren. Mit der SVP-Mentalität wäre der Gotthardtunnel nie gebaut worden (Unruhe). Wir brauchen einen neuen Pioniergeist. *Ernst Schibli* (svp., Otelfingen) bezeichnet die Privatisierungen als Realisierung stiller Staatsreserven. Der Ertrag ist nicht für neue Staatsausgaben, sondern für den für den Schuldenabbau zu verwenden. *Silvia Kamm* (gp., Bonstetten) will die Gelder aus Privatisierungen möglichst sinnvoll einsetzen. Die Grünen unterstützen die Initiative Waldner. *Lucius Dürri* (cvp., Zürich) erachtet die Innovationsförderung als sinnvoll. Die Gefahr eines falschen Einsatzes der Stiftungsgelder besteht nicht; die Kontrolle ist gewährleistet.

Marco Ruggli (sp., Zürich) spricht von einer «brillanten Idee» Frau Waldners, lehnt aber weitere Privatisierungen, namentlich jene der Kantonalbank, ab. Das Volk will die ZKB behalten, wie sie ist. *Theo Toggweiler* (svp., Zürich) hält die SP-Initiative für bürokratisch und

kompliziert. Die Leistungen der Universität und der ETH sind zu optimieren. *Hans-Peter Portmann* (fdp., Kilchberg) sagt mit seiner Fraktion «sowohl als auch». Priorität hat der Schuldenabbau. Bei der ZKB ist die SP aus politischen Gründen oben dabei. *Thomas Müller* (evp., Stäfa) sucht möglichst grosse Mittel dem Versickern in der Staatskasse zu entziehen. Die EVP unterstützt die Initiative Waldner einstimmig. *Werner Scherrer* (evp., Uster) scheint die Initiative Schibli nicht initiativfähig. Die SVP will mit allen Mitteln Steuersenkungen für die oberen Einkommen erzwingen. *Jean-Jacques Bertschi* (fdp., Wettswil) sieht einen grossen Bedarf in der Bildung und Forschung. Wichtig sind wegleitende Investitionen in die Zukunft.

Auf die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative Waldner entfallen 73 Stimmen. Die Initiative Schibli wird mit 69 Stimmen ebenfalls vorläufig unterstützt.

Schluss der Sitzung: 12 Uhr.

Nächste Sitzung: Montag, 26. Februar, 8 Uhr 15.